

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- [Beginn der Alpeuregio Summer School 2016](#) 2

Neues aus den Institutionen

Europäische Kommission

- [Kommission verlängert Zulassung des Unkrautvernichtungsmittels Glyphosat bis 2017](#) 3
- [Assoziierungsabkommen der EU mit Georgien und Republik Moldau treten in Kraft](#) 3
- [Kommission schlägt neue Vorschriften zur Verbesserung des Schutzes von Kindern in grenzüberschreitenden Familiensachen vor](#) 4
- [Entwurf des EU-Haushaltsplans 2017](#) 4
- [EU-Kommission will verstärkt öffentliche Meinung durch ein Online-Tool einholen](#) 5
- [Die Parlamente der Mitgliedsstaaten sollen nun doch an der Abstimmung über das ausgehandelte Freihandelsabkommen mit Kanada \(CETA\) beteiligt werden](#) 5

Europäischer Rat

- [Nach dem Brexit-Votum: Zeit der politischen Reflexion über die Zukunft der EU mit 27 Mitgliedsstaaten](#) 6

Rat der Europäischen Union

- [Slowakei übernimmt die EU-Ratspräsidentschaft](#) 7
- [Die Halbzeitüberprüfung des Mehrjährigen Finanzrahmens 2014-2020](#) 7
- [Der Rat der Europäischen Union einigte sich auf strengere Grenzwerte für Schadstoffemissionen](#) 8

Ihre Stimme in Europa

- [Laufende Konsultationen](#) 9

Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen 10

Tagesordnungen der Institutionen 11

Impressum und Abbildungsverzeichnis 11

Vertretung der Europaregion
Tirol-Südtirol-Trentino
bei der EU

*Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45
B-1040 Brüssel*

*Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu*



Thema der Woche

Beginn der Alpeuregio Summer School 2016

Am 4. Juli begann auch in diesem Jahr die Alpeuregio Summer School, die bereits zum sechsten Mal vom gemeinsamen Verbindungsbüro der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino in Brüssel organisiert wurde. Die neuntägige, englischsprachige Fortbildung befasst sich mit der Arbeitsweise der EU-Institutionen und den EU-Politiken sowie deren Beitrag und Auswirkung auf das tägliche Leben der Bürgerinnen und Bürger der Europaregion.

Leitende BeamtInnen aus EU-Institutionen und Führungskräfte aus anderen Bereichen geben den 24 Teilnehmenden sowohl eine genaue Übersicht als auch einen umfassenden Einblick in verschiedene Themen der europäischen Rechtsetzung und gewähren dadurch eine neue Perspektive in die europäische Realität.

Im Rahmen der Summer School hatten die Teilnehmenden schon die Möglichkeit, an interaktiven Seminaren und Diskussionen mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments, Mitarbeitern der Kommission und dem Ständigen Vertreter Österreichs bei der EU, Botschafter Walter Grahammer, teilzunehmen. Auch der österreichische Kommissar Johannes Hahn und dessen Mitarbeiter im Kabinett, Johannes Noack, werden die Gruppe diese Woche in der Kommission empfangen und über die Erweiterungspolitik, insbesondere im Hinblick auf die Türkei, sprechen.

Europäische Politik wird durch Besuche in den Europäischen Institutionen, an der Ständigen Vertretung der Niederlande und Italien oder etwa in den Büros von NGOs vor Ort nähergebracht.

Die von den ReferentInnen behandelten Themen bieten ein breites Spektrum der Politiken und Strategien der EU, an denen aktuell gearbeitet wird : Diese reichen von Verkehr, Umwelt und Regionalpolitik bis hin zur Außen- und Migrationspolitik .

Die Alpeuregio Summer School 2016 findet vom 4. Juli bis zum 14. Juli im gemeinsamen Verbindungsbüro der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino in Brüssel statt.

[Mehr Informationen](#)



[Zum Inhaltsverzeichnis](#)



Europäische Kommission

Kommission verlängert Zulassung des Unkrautvernichtungsmittels Glyphosat bis 2017

Die EU-Kommission verlängert die Zulassung des Unkrautvernichtungsmittels Glyphosat bis 2017. Ursprünglich wollte die Kommission die Genehmigung von Glyphosat um 15 Jahre verlängern, doch aufgrund des Widerstands in einigen Mitgliedsstaaten wurde der Zeitrahmen verkürzt.

Da die Mitgliedstaaten sich nicht mehrheitlich für oder gegen eine weitere Zulassung des Unkrautvernichtungsmittels Glyphosat einigen konnten, entschied die Kommission, die Verwendung des Unkrautvernichtungsmittels länger zu genehmigen. Es obliegt nun den Mitgliedsstaaten, selbst zu entscheiden, ob sie in ihrem Land Glyphosat-basierte Pflanzenschutzmittel zulassen, verbieten oder deren Nutzung einschränken.

20 Mitgliedsstaaten stimmten für die von der Kommission vorgeschlagene Verlängerung, hingegen Österreich, Deutschland, Griechenland, Frankreich, Italien, Luxemburg und Portugal enthielten sich der Stimme. Malta stimmte als einziges Land dagegen. Kritik an Glyphosat kommt

zum Beispiel von Greenpeace, das ein Verbot des Mittels fordert.

Glyphosat ist ein Wirkstoff, der mehrfach Einsatz in Pflanzenschutzmitteln findet. Auf Glyphosat basierende Pflanzenschutzmittel (d.h. Formulierungen, die Glyphosat und weitere chemische Stoffe enthalten) werden in Landwirtschaft und Gartenbau vor allem zur Bekämpfung von Unkraut verwendet, das mit Kulturpflanzen konkurriert. Jedoch ist die Anwendung des Mittels wissenschaftlich umstritten, weswegen eine Studie der Europäischen Agentur für chemische Stoffe (ECHA) bis Ende 2017 ergründen soll, ob Glyphosat krebserregend wirkt.

[Mehr Informationen](#)

Assoziierungsabkommen der EU mit Georgien und der Republik Moldau treten in Kraft

Georgien und die Republik Moldau bindet jetzt ein Assoziierungsabkommen näher an die Europäische Union. Seit letztem Freitag, dem 01. Juli 2016, sind die Abkommen, die bereits vor zwei Jahren unterzeichnet wurden, vollständig in Kraft. Wesentliche Teile werden bereits seit 2014 provisorisch angewendet, um die von der EU vorgesehenen Reformen sowohl in Georgien als auch in der Republik Moldau voranzutreiben.

Neben der gegenseitigen Marktöffnung sehen die Assoziierungsabkommen die Übernahme rechtlicher und wirtschaftlicher EU-Standards durch den jeweiligen Partner vor. Dies umfasst unter anderem politische Reformen zur Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung und eine Verbesserung des Menschenrechtsschutzes sowie Maßnahmen zur Angleichung von Standards in den Bereichen Handel, Zoll, Steuern, Wettbewerbsrecht, Energiefragen sowie Umwelt- und Klimaschutz.

Die durch das Assoziierungsabkommen vertieften wirtschaftlichen Bindungen verstärken zudem die

politischen Beziehungen zwischen der EU und den osteuropäischen Partnerländern.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Kommission schlägt neue Vorschriften zur Verbesserung des Schutzes von Kindern in grenzüberschreitenden Familiensachen vor

Die Europäische Kommission möchte Verbesserungen der EU-Vorschriften zum Schutz von Kindern in grenzüberschreitenden Familiensachen in Bezug auf Sorgerecht, Umgangsrecht und Kindesentführung vornehmen.

Ziel der Vorschriften ist es, effizientere Rechts- und Verwaltungsverfahren zu gewährleisten sowie eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Behörden der Mitgliedsstaaten zu erzielen. Im Falle von Familienstreitigkeiten oder Trennungen internationaler Paare sollen die Kinder über einen sicheren Rechtsrahmen verfügen, um die Beziehungen zu beiden Elternteilen, die unter Umständen in verschiedenen europäischen Ländern leben, aufrechtzuerhalten.

„Die Kinder stehen im Mittelpunkt dieser Reform. Die Trennung ihrer Eltern ist bereits schwierig genug. Die betroffenen Kinder verdienen daher Gerichtsverfahren, in denen ihre Situation so rasch wie möglich geklärt und das

Kindeswohl berücksichtigt wird“, erklärte Věra Jourová, EU-Kommissarin für Justiz, Verbraucher und Gleichstellung, das Ziel der neuen Vorschriften.

Der am 30. Juni 2016 von der Kommission angenommene Vorschlag wird nun dem Rat der EU vorgelegt und gemäß dem besonderen Gesetzgebungsverfahren für justizielle Zusammenarbeit in Familiensachen auch einstimmig vom Rat gefasst.

[Mehr Informationen](#)

Entwurf des EU-Haushaltsplans 2017

Die Europäische Kommission entwirft einen Haushaltsplan, der sich an die EU-Prioritäten von Wachstum und Beschäftigung orientiert und einen Beitrag zur Bewältigung der Flüchtlingskrise leisten soll.

Der Haushaltsentwurf für das Jahr 2017 sieht Mittel für Zahlungen in Höhe von 134,9 Milliarden Euro vor und soll dazu beitragen, die derzeitigen Hauptprioritäten der Europäischen Union voranzutreiben, wie zum Beispiel die Erholung der europäischen Wirtschaft und die Bewältigung humanitärer Krisen in an die EU grenzenden Nachbarländern.

Allem voran stehen Beschäftigung, wirtschaftliches Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit in der EU im Mittelpunkt des Entwurfs. Weiters sollen auch genügend Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, um ein bessere Verwaltung und Handhabung der EU-Außengrenzen sowie eine effizientere Bewältigung der Flüchtlingsströme sowohl innerhalb als auch außerhalb der Europäischen Union zu erreichen. Im

Zusammenhang damit soll die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen unterstützt sowie die grundlegenden Ursachen der Migrationsbewegung in den Transit- und Herkunftsländern behandelt werden. Angesichts der Sicherheits Herausforderungen, mit denen die EU in jüngster Zeit konfrontiert wurde, werden im Haushaltsentwurf große Summen für Sicherheitsbelange veranschlagt. So zum Beispiel soll Europol, das Europäische Polizeiamt, 111,7 Millionen Euro erhalten.

Das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten der Europäischen Union werden jetzt gemeinsam über diesen Haushaltsentwurf beraten und ihn gegebenenfalls abändern.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

EU-Kommission will verstärkt öffentliche Meinung durch ein Online-Tool einholen

Im Zuge des neuen nutzerfreundlichen Webauftritts der Europäischen Kommission, wurde ein neuer Bereich des EU-Gesetzgebungsprozesses für Rückmeldungen von BürgerInnen und InteressenvertreterInnen verfügbar gemacht. In Form eines neuen Online-Tools soll man von nun an öffentliches Feedback zu Entwürfen von delegierten Rechtsakten und Durchführungsbestimmungen geben können.

Delegierte Rechtsakte und Durchführungsbestimmungen werden von den EU-Institutionen genutzt, um Elemente von bereits bestehenden Rechtsakten zu aktualisieren oder die Bedingungen zu spezifizieren, unter denen EU-Recht umgesetzt werden sollte.

Bereits am 19. Mai 2015 schlug die Kommission eine Agenda für bessere Rechtssetzung vor, um die Tätigkeit der EU in Form und Inhalt neu auszurichten. Die Europäischen Institutionen stehen im Dienste der BürgerInnen der EU, weswegen die Kommission bestrebt ist, die bestmögliche Transparenz zu gewährleisten. Vor allem geht es auch darum, Lösungen für internationale Probleme zu finden, die von

den Mitgliedsstaaten allein nicht mehr bewältigt werden können.

„Transparenz und Konsultation stehen im Mittelpunkt unserer Bemühungen, bessere Rechtssetzung für bessere Ergebnisse zu erzielen. Interessensvertreter werden nun erstmals zu delegierten Rechtsakten und Durchführungsbestimmungen Stellung nehmen können.“, betonte der Erste Kommissionvizepräsident Frans Timmermans und bestätigte die Öffnung und somit die Transparenz des Entscheidungsprozesses auf sämtlichen Niveaus, die mit der EU-Rechtssetzung in Berührung kommen.

[Mehr Informationen](#)

Die Parlamente der Mitgliedsstaaten sollen nun doch an der Abstimmung über das ausgehandelte Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) beteiligt werden

Der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker teilte beim Gipfel der Staats- und Regierungschefs letzten Dienstag mit, dass er beabsichtige, das Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) ohne die Beteiligung der Parlamente europäischer Staaten zu verhandeln. Die Brüsseler Behörde beschloss dennoch eine Woche später, das Abkommen entgegen einem juristischen Gutachten nicht als reine EU-Angelegenheit einzustufen.

Mehrere EU-Staaten, darunter unter anderem Österreich und Deutschland, hatten sich für die Behandlung von CETA als gemischtes Abkommen, d.h. mit Kompetenz der EU und den Parlamenten der Mitgliedsstaaten, ausgesprochen. Man solle CETA demnach nicht als normales EU-Gesetzgebungsverfahren sehen, da es nationalen Parlamenten sonst nicht erlaubt wäre, über das Freihandelsabkommen abzustimmen.

CETA gilt als Blaupause für das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) mit den USA. Beide Verträge sollen für mehr Wachstum im Handel mit Nord-

amerika sorgen, allerdings fürchten Umwelt- und VerbraucherschützerInnen eine vom Freihandelsabkommen ausgelöste Senkung von Standards in den Mitgliedsstaaten der EU.

[Mehr Informationen](#)



Europäischer Rat

Nach dem Brexit-Votum: Zeit der politischen Reflexion über die Zukunft der EU mit 27 Mitgliedsstaaten

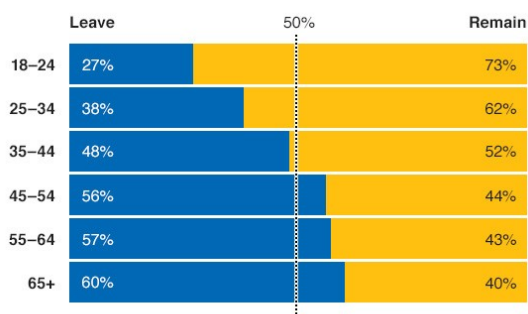
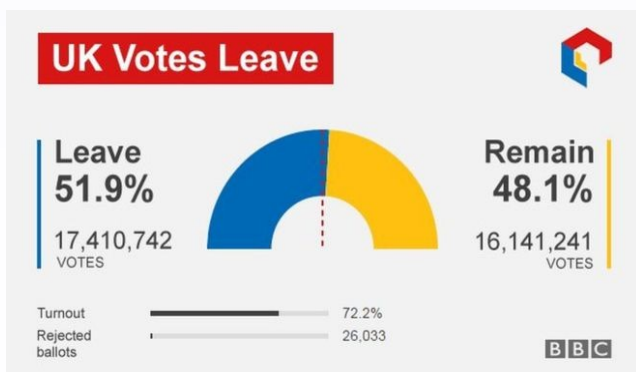
Nach der Abstimmung Großbritanniens vor knapp zwei Wochen, die Europäische Union zu verlassen, tagten die Staats- und Regierungschefs aus den 27 Mitgliedsstaaten der EU, um über die Folgen des Referendums zu diskutieren. Obwohl Bedauern über die folgenschwere Entscheidung des Vereinigten Königreichs herrsche, seien laut dem Präsidenten des Europäischen Rates, Donald Tusk, die verbleibenden Mitgliedsstaaten dennoch fest entschlossen, vereint zu bleiben und fest zusammenzuarbeiten.

Es wurde auch bekräftigt, dass es so lange keine Austrittsverhandlungen geben würde, bis das Vereinigte Königreich das Vorfahren nach Artikel 50 auslöst und somit förmlich seine Absicht, aus der EU auszutreten mitteilt. Obwohl die Staats- und Regierungschefs dazu entschlossen sind, weiterhin eng mit Großbritannien zusammenzuarbeiten, setzt der Zugang zum Binnenmarkt die Zustimmung zu allen vier Freiheiten, einschließlich der Freizügigkeit voraus. Ausnahmen von dieser Regel werde es in den zukünftigen Abkommen mit Großbritannien als Nicht-EU-Mitglied nicht mehr geben.

Das Gefälle zwischen Verbleib und Austritt wurde vor allem im Süden und Norden, zwischen ländlichen und urbanen Gegenden, und zwischen Alt und Jung spürbar, wobei letztere jeweils vorwiegend für den Verbleib in der EU stimmten.

Es wurden keine Beschlüsse vonseiten der Staats- und Regierungschefs gefasst, sondern eine Phase der politischen Reflexion über die Zukunft der EU mit 27 Mitgliedsstaaten eingeleitet. Die Gespräche sollen am 16. September in Bratislava, der Hauptstadt der Slowakei, fortgesetzt werden.

[Mehr Informationen](#)



Source: Lord Ashcroft Polls





Rat der Europäischen Union

Slowakei übernimmt die EU-Ratspräsidentschaft

Mit 01. Juli 2016 übernahm die Slowakei nach dem Königreich der Niederlande zum ersten Mal die EU-Ratspräsidentschaft für 6 Monate. Die Slowakische Republik wird den Vorsitz im Rat der EU in einer Zeit führen, die von vielen Herausforderungen geprägt ist, wie etwa Migration, Terrorismus, Spannungsgebieten in der europäischen Nachbarschaft, den Nachwirkungen der Krise in der Eurozone oder der Volksabstimmung im Vereinigten Königreich über seinen Austritt aus der Europäischen Union.

Der inhaltliche Grundrahmen der slowakischen Ratspräsidentschaft besteht aus fünf strategischen Schwerpunkten. Dazu gehören eine Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzpolitik sowie die Umsetzung einer nachhaltigen Migrations- und Asylpolitik. Darüber hinaus will sich die Ratspräsidentschaft um Arbeitsplätze, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit kümmern und die Chancen für EU-BürgerInnen erhöhen. Außerdem will sie die EU weiter in den Bereichen Freiheit, Sicherheit und Recht sowie in ihrer Rolle als

globaler Akteur stärken.

„Wir wollen zur Vereinigung Europas beitragen und streben Lösungen an, die für alle Mitgliedsstaaten akzeptabel und zugleich von Vorteil für die EU sind. Wir wollen uns ebenfalls auf die Bedürfnisse der Bürger konzentrieren, damit die EU das Vertrauen der Bürger zurückgewinnt.“, betonte Miroslav Lajčák, der slowakische Außenminister, bezüglich der Ratspräsidentschaft seines Landes.

[Mehr Informationen](#)

Die Halbzeitüberprüfung des Mehrjährigen Finanzrahmens 2014-2020

Der Vorschlag zur Halbzeitüberprüfung des Mehrjährigen Finanzrahmens 2014 – 2020 (MFR) soll während der slowakischen Ratspräsidentschaft vorgelegt werden. Das Ziel der Überprüfung ist es, zu ermitteln, ob die EU-Haushaltsmittel ausreichen, ob die Gelder den richtigen Prioritäten zugewiesen wurden und ob die Funktionsweise des Finanzrahmens Änderungen benötigt.

Im Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) werden die jährlichen Höchstbeträge, und somit die Obergrenzen, festgelegt, die von der EU in den einzelnen Politikfeldern während eines Zeitraums von mindestens 5 Jahren ausgegeben werden dürfen. Der derzeitige MFR erstreckt sich auf die sieben Jahre von 2014 bis einschließlich 2020.

Der Mehrjährige Finanzrahmen gibt somit einen Rahmen für die Finanzplanung und die Haushaltsdisziplin (siehe Seite 04) vor, indem er sicherstellt, dass die Ausgaben der EU vorhersehbar sind und innerhalb der vereinbarten Grenzen bleiben. Da im MFR festgelegt wird, in welchen Bereichen die EU über die siebenjährige Laufzeit investieren sollte, ist er nicht nur ein Instrument der Haushaltsplanung, son-

dern auch Ausdruck der politischen Prioritäten der EU.

Die Verordnung zur Festlegung des MFR wird von der Europäischen Kommission vorgeschlagen und muss vom Rat nach Zustimmung des Europäischen Parlaments einstimmig angenommen werden.

Die Ratspräsidentschaft der Slowakei wird die Diskussion bezüglich des Vorschlags zur Überprüfung des MFR führen, mit dem Ziel, zu einem Übereinkommen zu gelangen und so gegebenenfalls die Überprüfung des MFR abzuschließen.

[Mehr Informationen](#)



Rat der Europäischen Union

Der Rat der Europäischen Union einigte sich auf strengere Grenzwerte für Schadstoffemissionen

Am 30. Juni 2016 haben der Rat und das Europäische Parlament eine vorläufige Einigung über eine Richtlinie zur Reduzierung der Emissionen von Luftschadstoffen erzielt. Diese sogenannte neue NEC-Richtlinie sieht strengere nationale Grenzwerte für den Zeitraum von 2020 bis 2029 und ab 2030 vor.

Gesundheitsrisiken und Umweltauswirkungen, die durch die Luftverschmutzung verursacht werden, sollen mit dieser Richtlinie eingedämmt werden, indem sie nationale Grenzwerte für die Emissionen von Schadstoffen, u.a. Schwefeldioxid und Stickstoffoxide, festlegt.

Die nationalen Emissionsgrenzwerte für die einzelnen Schadstoffe im Zeitraum 2020-2029 entsprechen den Grenzwerten, an die sich die Mitgliedstaaten bereits aufgrund des geänderten Göteborg-Protokolls von 2012 zu halten haben, womit internationale Verpflichtungen eingehalten werden. Die nun erzielte Vereinbarung sieht neue und zugleich strengere Reduktionen ab 2030 vor.

Auf Tirols Straßen macht sich diese Richtlinie durch das sektorale Fahrverbot für LKWs ab dem 01. November 2016 bemerkbar.

„Mit dieser Richtlinie werden wir die Luftverschmutzung bekämpfen, die jedes Jahr über 400 000 Menschen den vorzeitigen Tod bringt.“, betont die niederländische Ministerin für Umwelt und ehemalige Präsidentin des Rates, Sharon Dijksma. Laut Schätzungen wird die neue Richtlinie, im Vergleich zum Jahr 2005 eine Verringerung der gesundheitlichen Auswirkungen der Luftverschmutzung bis zum Jahr 2030 um 50% bewirken.

[Mehr Informationen](#)





Ihre Stimme in Europa

Laufende Konsultationen

„Ihre Stimme in Europa“ ist das Portal der Europäischen Kommission für Konsultationen und Rückmeldungen. Hier haben Sie die Möglichkeit, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern.

[Öffentliche Konsultation zu den gemeinsamen Programmen EMFP und EMPIR für Metrologieforschung](#)
01.07.2016 – 07.10.2016

[Öffentliche Konsultation zum Binnenmarkt für Waren – Durchsetzung und Einhaltung](#) 01.07.2016 –
31.10.2016

[Öffentliche Konsultation zu möglichen Maßnahmen zur Verbesserung der Umsetzung bestimmter Aspekte der Richtlinie über Altfahrzeuge, unter besonderer Berücksichtigung von Altfahrzeugen mit unbekanntem Verbleib](#) 29.06.2016 – 21.09.2016

[Öffentliche Konsultation zur Initiative der Europäischen Union zu kooperativen intelligenten Verkehrssystemen](#) 24.06.2016 – 16.09.2016

[Halbzeitbewertung des LIFE-Programms](#) 17.06.2016 – 09.09.2016

[Konsultation zu den Fangmöglichkeiten für 2017 im Rahmen der Gemeinsamen Fischereipolitik](#)
15.06.2016 – 01.09.2016

[Überarbeitung der Verordnung \(EG\) Nr. 1071/2009 über die Zulassung zum Beruf des Kraftverkehrsunternehmers sowie der Verordnung \(EG\) Nr. 1072/2009 über den Zugang zum Markt des grenzüberschreitenden Güterkraftverkehrs](#) 15.06.2016 – 15.09.2016

[Evaluierung der Richtlinie über Finanzkonglomerate](#) 09.06.2016 – 20.09.2016

[Öffentliche Konsultation zu einer eventuellen Aktualisierung der Handelsbestimmungen des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Chile](#) 09.06.2016 – 31.08.2016

[Öffentliche Konsultation zur Sicherheit von Apps und anderer nicht eingebetteter Software, die nicht unter sektorale Rechtsvorschriften \(etwa für Medizinprodukte oder Funkanlagen\) fällt](#) 09.06.2016 –
15.09.2016

[Ex-post-Evaluierung der Leistungs- und Gebührenregelungen für den einheitlichen europäischen Luftraum](#) 07.06.2016 – 04.09.2016

[Öffentliche Konsultation zur möglichen Überarbeitung der Verordnung zur gegenseitigen Anerkennung \(EG\) Nr. 764/2008](#) 07.06.2016 – 30.09.2016

[Öffentliche Konsultation zum Arbeitsprogramm 2018–2020 für den Themenbereich „Ernährungs- und Lebensmittelsicherheit, nachhaltige Land- und Forstwirtschaft, marine, maritime und limnologische Forschung und Biowirtschaft“ im Rahmen von Horizont 2020](#) 06.06.2016 – 28.08.2016

[Wichtigste Hindernisse für den grenzüberschreitenden Vertrieb von Investmentfonds in der EU](#)
02.06.2016 – 02.10.2016



Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

Beschäftigung, Soziales und Integration

Arbeitsbeziehungen, Analysen, bezahlte Forschung, sozialer Dialog, Wirtschaftswachstum, Wettbewerb, sozialer Einschluss, Arbeitsqualität	Improving expertise in the field of industrial relations	15/07 € /2016	4.150.000
Arbeit, Praktika, Jugend 18-35, internationale Mobilität, KMU	EaSI-EURES: targeted mobility scheme "Your first EURES job"	07/10 € /2016	7.000.000
Partnerschaften, Ausbildung, Austausch, Know How, Unternehmertum, Innovation, Lehrtätigkeit	CO-CREATION FOR GROWTH AND INCLUSION*	02/02 € /2017	23.500.000
Inklusion, vereintes Europa, Teilnahme, Ungleichheit, Gleichberechtigung, sozialer Dialog	REVERSING INEQUALITIES AND PROMOTING FAIRNESS	04/02 € /2017	37.500.000

Instrument zur Fördermittelsuche

[Instrument zur Fördermittelsuche deutsche Version](#)

[Instrument zur Fördermittelsuche italienische Version](#)



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen: <http://www.eurobrussels.com/>

Interessante Veröffentlichungen aus der EU:

<https://bookshop.europa.eu/de/home/>

Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU
Rue de Pascale 45-47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu
Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:
Direktor Mag. Dr. Richard Seeber
Alena Huss, BA

Abbildungsverzeichnis

<http://www.bbc.com/news/uk-politics-eu-referendum-36618855>

<http://www.consilium.europa.eu/en/meetings/european-council/2016/06/28-29/>

<http://meandeuropa.com/>

<http://www.n24.de/n24/Nachrichten/Politik/d/4131728/schadstoff-emissionen-nehmen-zu.html>